

Synodenbericht 2026

Zutrauen wagen – Beziehungen gestalten

Soziale Verantwortung aus christlicher Perspektive in Zeiten knapper Spielräume

„Lernt Gutes zu tun! Sucht das Recht, helft den Unterdrückten“ – mit diesem Wort des Propheten Jesaja (1,17) habe ich im vergangenen Jahr begonnen. Ich greife es bewusst erneut auf, denn es beschreibt nicht nur einen Auftrag, sondern eine Bewegung: Gutes zu tun ist nichts, was sich von allein einstellt. Es will gelernt, geübt und immer wieder neu errungen werden – gerade dann, wenn die Bedingungen enger werden, sich – aus unserer Sicht – verschlechtern.

Im zurückliegenden Jahr ist mir ein Begriff besonders nachgegangen, der diese Enge präzise benennt: der Spielraum. Der Soziologe Hartmut Rosa hat ihm sein jüngstes Buch gewidmet – „Situation und Konstellation. Vom Verschwinden des Spielraums“. Rosa beschreibt, wie politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich Verantwortliche zunehmend in die Lage geraten, Vorgaben nur noch „zu vollziehen“, statt selbstverantwortlich zu gestalten. Komplexe Regelungsdichte, fehlende finanzielle Ressourcen und fragile Koalitionen hinterlassen den Eindruck, wir stehen den Herausforderungen unserer Zeit ohnmächtig gegenüber.

Diese Diagnose deckt sich mit dem, was uns in unzähligen Gesprächen mit Verantwortlichen in Politik und Verwaltung begegnet: viel Engagement, hohe Fachexpertise, ehrliche Verantwortungsbereitschaft – und zugleich die Sorge, den Herausforderungen kaum noch gestaltend begegnen zu können. „Die Hoffnung gebiert keine Kinder.“ – diesen Satz hörte ich kürzlich auf einer der Sitzungen, die tatsächlich wenig Hoffnung ausstrahlen. Wo aber der Spielraum schwindet, schwinden auf Dauer auch die Freude an Selbstwirksamkeit, das Erleben von Gestaltungskraft und der Sinn, der aus übernommener Verantwortung erwächst.

Für Kirche und Diakonie stellt sich dabei eine besondere Frage: Woraus leben wir, wenn unsere Möglichkeiten kleiner werden? Die biblische Tradition antwortet erstaunlich nüchtern: nicht zuerst aus den Ressourcen, die wir besitzen, sondern aus dem Vertrauen, das uns geschenkt wird. Christliche Hoffnung entsteht selten in Zeiten des Überflusses. Sie bewährt sich dort, wo Menschen trotz knapper Spielräume Verantwortung füreinander übernehmen.

Ich bin überzeugt: Die Antwort darauf ist keine Resignation und kein bloßes Verwalten des Mangels. Die Antwort heißt – mit Rosa gesprochen – Resonanz, und sie heißt – diakonisch gesprochen – Nächstenliebe. Beides meint Beziehung, die trägt und verändert. Und beides setzt eine Haltung voraus, die ich diesem Bericht voranstellen möchte: das Zutrauen.

Die sozialpolitische Lage: Vom Sparzwang zum Kahlschlag?

Im vergangenen Jahr habe ich vor einer Verteilungslogik gewarnt, die soziale Arbeit allein am Kriterium von Pflicht- und freiwilligen Aufgaben bemisst. Die Entwicklung des Jahres 2025 hat diese Sorge bestätigt und verschärft. Der erste Entwurf zum Doppelhaushalt 2025/2026 sah in zahlreichen Feldern massive Einschnitte vor: erhebliche Kürzungen bei den Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstellen, 25 Prozent weniger Mittel für die kommunale Suchtberatung und das vollständige Einstellen der Landesmittel für Suchtprävention ab 2026, um nur ein paar zu nennen.

Dass viele dieser Kürzungen abgewendet werden konnten, ist ein Erfolg entschlossener Interessenvertretung – getragen von unseren Fachreferaten, den Mitgliedern, den Fachverbänden und dem gemeinsamen Einsatz der Liga der Freien Wohlfahrtspflege. Es ist ein Beleg dafür, dass beharrliches, sachlich fundiertes Eintreten Wirkung entfaltet. Ich sage aber ebenso deutlich: Diese Erfolge sind Atempausen, keine Entwarnung.

Es gibt klare Hinweise, dass der kommende Doppelhaushalt 2027/2028 erneut unter erheblichem Spardruck stehen wird. Was in einem Landeshaushalt mühsam verteidigt wurde, gerät im nächsten wieder unter Druck. Besonders besorgt mich, dass die härtesten Vorschläge auf Bundesebene teilweise unter Mitwirkung politischer Verantwortungsträger des Freistaates entstanden sind.

Wo aus wiederkehrendem Sparzwang ein struktureller Kahlschlag zu werden droht, ist eine Grenze überschritten: Was an Beratung, Hilfe und Begleitung einmal eingestellt werden musste, lässt sich später – wenn überhaupt – nur mit größtem Aufwand und noch höheren Mitteln wieder aufbauen.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine Aussage des Ministerpräsidenten beim diesjährigen Sommerempfang der Diakonie hervorheben: „Ohne die Träger der freien Wohlfahrtspflege ist in diesem Land kein Staat zu machen.“

Ich halte diese Einschätzung für bemerkenswert. Denn sie beschreibt zutreffend, worum es in den anstehenden Haushaltsverhandlungen geht. Es geht nicht allein um einzelne Förderprogramme oder Haushaltstitel. Es geht um die Frage, welche soziale Infrastruktur wir als Gesellschaft erhalten wollen. Wenn wir uns ein Land wünschen, das Menschen in Not nicht allein lässt, dann braucht es die Orte, an denen Unterstützung, Beratung, Pflege und Begleitung konkret stattfinden.

Die Diakonie und die anderen Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sind wesentlicher Teil dieser Infrastruktur. Deshalb werben wir dafür, soziale Ausgaben nicht allein als Kosten zu betrachten, sondern als Investitionen in unser gesellschaftliches Für- und Miteinander, für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Hier zeigt sich auch die Tragfähigkeit unseres stärksten Arguments, der Subsidiarität. Die rechtliche Architektur, die die Partnerschaft von Staat und Freier Wohlfahrtspflege begründet – vom Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes über Artikel 110 Abs. 2 der Sächsischen Verfassung bis zum Evangelischen Kirchenvertrag –, ist kein historisches Ornament. Sie ist ein belastbarer Anker in jeder Verhandlung mit Land und Kommune.

Diakonie und die anderen Freien Wohlfahrtsverbände gehören weder auf die Seite des Staates noch auf die Seite privater Anbieter. Sie ermöglichen im Auftrag der Zivilgesellschaft Daseinsfürsorge – und genau diese Mittelstellung gilt es zu verteidigen.

Diese Mittelstellung ist für uns als Diakonie zugleich theologisch begründet. Die Diakonie ist kein der Kirche bloß angegliederter Sozialbetrieb, sondern Wesens- und Lebensäußerung der Kirche selbst.

Schon die Apostelgeschichte erzählt, wie die junge Gemeinde neben Verkündigung und Gottesdienst eigens Menschen für den Dienst an den Tischen einsetzt (Apg 6,1–7): Die Sorge für die Bedürftigen gehört von Anfang an zum Kern dessen, was Kirche ist, nicht zu ihrem entbehrlichen Rand. Wo Christus selbst sich mit den Hungernden, Fremden und Kranken identifiziert – „Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan“ (Mt 25,40) –, ist diakonisches Handeln Gottesdienst im Alltag der Welt.

Das ist mehr als eine fromme Rahmung eines der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Es ergibt sich daraus vielmehr eine nüchterne Konsequenz: Wer an der Diakonie spart, kürzt nicht an einer freiwilligen Zusatzleistung, sondern beschneidet einen Vollzug der Kirche und einen Auftrag, den der Freistaat Sachsen im Evangelischen Kirchenvertrag von 1994 ausdrücklich anerkannt und zu dessen Förderung er sich verpflichtet hat (vgl. [Art. 20 Abs 1 Ev. Kirchenvertrag Sachsen](#)). Diese Selbstbindung ist kein historisches Relikt, sondern ein gegenwärtig gültiges Versprechen. Wenn wir also für verlässliche Rahmenbedingungen werben, verteidigen wir nicht Besitzstände eines Verbandes. Wir treten dafür ein, dass die evangelische Kirche ihren von Christus gegebenen und vom Staat anerkannten Auftrag zur tätigen Nächstenliebe auch morgen noch strukturiert wahrnehmen kann.

Verbunden bleibt damit die Forderung, die wir gemeinsam mit den Landkreisen und Städten erheben: Das Konnexitätsprinzip – „Wer bestellt, zahlt“ – muss neu ausbalanciert werden. Solange auf Bundesebene Leistungen beschlossen werden, die vor Ort ohne ausreichende Gegenfinanzierung umzusetzen sind, geraten die kommunalen Haushalte und mit ihnen die Freie Wohlfahrtspflege strukturell unter Druck.

Verantwortung in der Liga: Stimme für die soziale Infrastruktur

Im Jahr 2026 hat die Diakonie Sachsen turnusgemäß für zwei Jahre den Vorsitz in der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen übernommen. Diese Aufgabe ist Verantwortung und Chance zugleich.

Sie verstärkt unsere Möglichkeit, gemeinsame Anliegen der Freien Wohlfahrtspflege mit einer Stimme in den politischen Diskurs einzubringen – in einem Moment, in dem genau diese gemeinsame Stimme dringender gebraucht wird, denn je.

Sozialpolitische Lobbyarbeit ist für uns kein Selbstzweck. Sie ist Ausdruck unserer Verantwortung gegenüber denjenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind – und gegenüber den Mitarbeitenden, die diesen Dienst tragen. Dabei haben wir gelernt, dass diese Arbeit nur dann glaubwürdig ist, wenn sie nicht im Klagemodus verharrt. Wer ausschließlich Defizite beschreibt, untergräbt die eigene Wirkung.

Unsere Aufgabe ist es, die Innovationskraft und die gesellschaftliche Unverzichtbarkeit diakonischer Arbeit sichtbar zu machen und zugleich die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, um die es geht – nicht die Institution, die von ihnen spricht.

Umso wichtiger sind Orte, an denen Menschen Gemeinschaft erfahren können. Unsere Beratungsstellen, Pflegeeinrichtungen, Kindertagesstätten und Kirchengemeinden sind solche Orte. Sie schaffen Beziehungen, wo Vereinzelung droht. Sie ermöglichen Begegnung, wo gesellschaftliche Gräben wachsen.

Diakonie trägt damit nicht nur zur sozialen Sicherung bei. Sie trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Diakonie als Resonanzraum der Kirche

Ich komme noch einmal auf Hartmut Rosas Begriff der Resonanz zurück. Für mich ist er mehr als eine soziologische Kategorie. Resonanz meint Beziehungen, die einander zum Klingen und Mitschwingen bringen. Für uns ist das gelebte Nächstenliebe: Beziehungen, die tragen und verändern. Diakonie ist in diesem Sinne ein Resonanzraum der Kirche – ein Ort, an dem Menschen erleben, dass sie wirksam sind und etwas bewirken können.

Schon Johann Hinrich Wichern, auf den die organisierte Diakonie zurückgeht, hat dies 1848 auf dem Wittenberger Kirchentag mit dem berühmten Satz festgehalten, die rettende Liebe müsse der Kirche ebenso eigen sein wie das Wort der Predigt – Verkündigung und Tat gehören untrennbar zusammen.

Die neuere Diakoniewissenschaft hat diesen Zusammenhang weiter ausbuchstabiert. Sie versteht diakonisches Handeln als gelebte Antwort auf das biblische Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe (Mk 12,28–31) und als Konkretion der Rechtfertigungsbotschaft: Weil der Mensch seine Würde nicht seiner Leistung verdankt, sondern sie ihm von Gott unbedingt zugesprochen ist, begegnet die Diakonie jedem Menschen – ob pflegebedürftig, verschuldet, geflüchtet oder am Lebensende – als unverfügbarem Gegenüber von eigenem, unantastbarem Wert. Genau hier berührt sich die theologische Tradition mit Rosas Resonanzbegriff: Wo der Mensch nicht als „Fall“ verwaltet, sondern als Person geachtet wird, entsteht jene tragende Beziehung, die wir Nächstenliebe nennen.

Das wird in unserem Jahresbericht, der Ihnen vorliegt, immer wieder konkret: in der Heilerziehungspflegerin, die sagt „Hier bin ich angekommen“; im Erzieher, der nach drei Anläufen seinen Beruf als Berufung erlebt; in der jungen Frau aus Brasilien, die nach langem bürokratischem Weg heute Fachkraft im Haus Salem ist; in den rund 180 Freiwilligen, die bei uns entdecken, wer sie sein wollen. „Wir machen Nächstenliebe zum Beruf“ – unser Jahresthema 2025 / 2026 – ist kein gefälliger Slogan, sondern beschreibt diesen Auftrag präzise.

Ich habe im vergangenen Jahr von den „Gottesfürchtigen“ gesprochen – von jenen Mitarbeitenden, die nicht konfessionell gebunden sind und sich dennoch bewusst dem Geist der Diakonie verbunden fühlen. Dieser Befund gilt unverändert. Inzwischen sind weniger als die Hälfte unserer Mitarbeitenden konfessionell gebunden, und doch tragen sie die Atmosphäre, das Klima, den Geist, den sie selbst benennen, wenn man sie fragt. Dass dieser Geist eingebettet bleibt in die lange jüdisch-christliche

Geschichte der Gottes- und Nächstenliebe, hält in unserer säkularisierten Gesellschaft die Gottesfrage wach. Darin liegt der diakonische Mehrwert, der über jede öffentliche Refinanzierung hinausgeht.

Ein Ausblick

Niklas Luhmann wird die Definition zugeschrieben: „Vertrauen ist die Bereitschaft, das Risiko einzugehen, dem anderen gute Absicht zu unterstellen.“ Und: „Wer Vertrauen erweist, nimmt die Zukunft vorweg.“ In den kommenden – biblisch gesprochen: „mageren“ – Jahren (1. Mose 41) ist es uns als Vorstand, gemeinsam mit meiner Kollegin Kathleen Westphal wichtig, an einer Kultur des Zutrauens mitzuarbeiten und so die Zukunft der besseren Jahre vorwegzunehmen. Zutrauen ist dabei kein naiver Optimismus, sondern eine bewusste Entscheidung, Zukunft zu ermöglichen.

Dabei geht es uns nicht allein um das Verwalten knapper Ressourcen. Es geht um die Frage, welche Kirche und welche Diakonie wir in den kommenden Jahren sein wollen: eine Kirche, die sich von ihren Grenzen bestimmen lässt – oder eine Kirche, die aus ihrem Auftrag heraus handelt. Ich bin überzeugt: Die Zukunft entsteht dort, wo Menschen Verantwortung übernehmen und einander etwas zutrauen.

Konkret heißt das für das kommende Jahr:

Den Liga-Vorsitz werden wir nutzen, um die gemeinsamen Anliegen der Freien Wohlfahrtspflege wirksam in die Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2027/2028 einzubringen – sachlich fundiert und mit klarer Haltung.

Den Schutz vor sexualisierter Gewalt bauen wir entschieden weiter aus. Nach Verabschiedung des Gewaltschutzkonzepts für unsere Geschäftsstelle und der Umsetzungsrichtlinie für unsere Mitglieder wurden 2025 erste Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Konzept „hinschauen – helfen – handeln“ qualifiziert. Rund 100 weitere werden im Laufe des Jahres folgen. Dieses Anliegen hat für uns höchste Priorität.

Den verantwortungsvollen Einsatz Künstlicher Intelligenz begleiten wir auf der Grundlage unserer Leitlinien weiter, mit dem Ziel datenschutzkonformer und rechtssicherer Lösungen für unsere Träger.

Zugleich entwickeln wir unsere Geschäftsstelle und unsere Kommunikation so weiter, dass wir unsere Mitglieder auch künftig verlässlich unterstützen können.

Diese Vorhaben verbindet eine Überzeugung: Ohne die Haltung des Zutrauens gehen wir zwar weniger Risiko ein, würden aber konstruktiv nichts gewinnen – und wären nicht in Resonanz mit den Menschen, die uns anvertraut sind.

Dank

Die Diakonie lebt von der Haltung derer, die sie tragen – von ihrem täglichen Engagement, ihrer Fachlichkeit und ihrer Bereitschaft, sich für andere einzusetzen, oft über das Erwartbare hinaus. In Zeiten, in denen nicht nur Ressourcen knapp, sondern auch Planungs- und Handlungsspielräume eingeschränkt sind, ist das keine Selbstverständlichkeit. Ich danke den rund 28.000 Mitarbeitenden in unseren Mitgliedseinrichtungen, den Leitungen, den vielen Tausend Ehrenamtlichen und allen Verantwortlichen für ihre Arbeit, ihre Geduld, ihre Klarheit und ihre Ausdauer.

Die Diakonie ist mehr als ein Zusammenschluss von Einrichtungen. Sie ist Ausdruck einer gemeinsamen Haltung – in der Matrix von Fachlichkeit, Glauben und Verantwortung. „Wir machen Nächstenliebe zum Beruf“ lebt vom Zutrauen: in die Kraft der Werke, Einrichtungen und Dienste sowie in die Bereitschaft politischer Entscheidungsträgerinnen und -träger, soziale Verantwortung zu übernehmen.

In diesem Sinne gehen wir mit Zutrauen in die zweite Jahreshälfte 2026 – im Dienst am Menschen und zur Ehre Gottes.

OKR Dietrich Bauer
Vorstandsvorsitzender Diakonie Sachsen

Es gilt das gesprochene Wort.